

DEMOKRATIE und CORONA

Nana Walzer

Sind die in verschiedenen Ländern unterschiedlich gesetzten Maßnahmen zur Eindämmung der Ausbreitung des Corona-Virus demokratie-gefährdend?

Diese Leitfrage zieht sich durch diesen Beitrag wie ein roter Faden. Dass eine Pandemie wie der weltweite Corona-Ausbruch einen Ausnahmezustand darstellt, der die Ausrufung eines Notstandes in betroffenen Staaten nach sich ziehen kann, mag kaum überraschen. Weniger ersichtlich ist jedoch, wie heikel die während dieser Phase von den Regierenden getroffenen Entschlüsse zum Schutz der Bevölkerung tatsächlich sein können. Notstandsgesetze beschränken oftmals Bürgerrechte und obwohl sie im Akutfall durchaus Sinn machen können, bergen sie das Potenzial, spätestens nach der Krise anti-demokratisch zu wirken. Es ist wesentlich, sich mit diesen im Hinblick auf eine freie Gesellschaft höchst brisanten Aspekten rechtzeitig – am besten noch während sie von Regierungen diskutiert werden und noch nicht beschlossen sind – auf breiter Ebene nicht nur medial, sondern auch seitens der Bevölkerung auseinanderzusetzen.

Dieser Artikel wirft einen kritischen Blick auf einige der im Zuge der sogenannten Corona-Krise diskutierten oder eingeführten Einschränkungen demokratischer Grundprinzipien bzw. Eingriffe in bestehende Rechtslagen. Er behandelt Fragen zu möglichen dauerhaften demokratiepolitischen Auswirkungen, seien es Gefahren oder Herausforderungen. Der Blick richtet sich besonders auf Europas Nationen, einige Beispiele stammen zudem aus aller Welt, um die Bandbreite der Interpretation von „Demokratie“ darzustellen und Vergleiche ziehen zu können, welche letztlich Rückschlüsse auf die effektive Demokratiefähigkeit eines Landes zulassen. Den Einstieg ins Thema macht eine Betrachtung der Voraussetzungen für ein stabiles demokratisches System, denn erst von einem solchen ausgehend können die Abweichungen kritisch betrachtet werden.

Demokratie auf Messers Schneide

Zu den Grundsäulen demokratischer Systeme gehören – dem westlichen Verständnis freier Gesellschaften nach – freie Wahlen, unabhängige Mehrparteiensysteme, ein funktionierendes Parlament, die Achtung von Grund- und Menschenrechten und Gewaltentrennung (Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtsprechung, die einander gegenseitig kontrollieren, flankiert von freien Medien, der sog. „4. Macht“) und eine aktive Zivilgesellschaft. Sie alle sollen letztlich nur eines bewirken, nämlich den Machtmissbrauch einzelner oder weniger Menschen so gut wie möglich zu verhindern. Im Gegensatz zu demokratischen Systemen stehen alle Arten von Diktaturen, seien es autoritäre oder totalitäre Systeme. Ohne auf die unterschiedlichen Formen demokratischer politischer Systeme (parlamentarische, präsidentielle und gemischte) näher einzugehen steht fest, dass in solchen gesellschaftlichen Organisationsformen die BürgerInnen einen Einfluss auf die Entscheidungen der Regierung nehmen können. In Diktaturen liegt hingegen alle Macht bei nur einer Person oder einer Gruppe von Personen, die nicht einmal von anderen Organen (etwa durch Gewaltenteilung oder Medien) kontrolliert, geschweige denn beeinflusst

werden können. Zu den Anzeichen undemokratischer Vorgänge in nur scheinbar demokratischen Systemen zählen etwa die Manipulation von Wahlen und Abstimmungen, die Abschaffung oder Verhinderung einer unabhängigen Justiz, die Verletzung oder völlige Ignoranz von Grund- und Bürgerrechten oder die Beschränkung von Meinungsvielfalt und Medienfreiheit. Als erstes einfaches Erkennungszeichen für den Grad einer Demokratie gilt: *Je weniger Meinungen es in einem Staat geben darf, desto weniger demokratisch ist das System.* Ein klares Erkennungszeichen für den Grad einer Diktatur sind Willkür und Gewaltanwendung: *Je gewalttätiger ein Führungsapparat auf Gegenstimmen reagiert* (von Geldbußen und Androhungen von Gewaltanwendung über Haftstrafen bis zu Auspeitschungen, Gewalt an Familienmitgliedern und Todesstrafen), *desto diktatorischer ist ein System.*

Allerdings ist noch eine feine Unterscheidung angebracht, denn nicht alle undemokratischen Systeme offenbaren sich ihren BürgerInnen auf den ersten Blick derart leicht erkennbar. Einige autoritäre Diktaturen lassen ein stark eingeschränktes Maß an gesellschaftlicher Pluralität zu, sie tun quasi so, „als ob“ sie demokratisch orientiert wären, - als ob die BürgerInnen freier sein könnten als sie sind, als ob sie mehr Wahl hätten, als sie tatsächlich haben. In solchen Systemen werden etwa unterschiedliche ideologische Richtungen wie Glaubensrichtungen noch eher toleriert (z. B. Kuba, China). Totalitäre Diktaturen geben hingegen eine Ideologie vor, der sich alle Menschen gegen Bestrafung anzuschließen haben (z. B. Nord-Korea, Nazi-Deutschland, der Ostblock zur Zeit des Stalinismus). Beide Arten von Diktaturen, die autoritären wie die totalitären, unterdrücken politische GegnerInnen und setzen Gewaltmaßnahmen, um die eigene Herrschaft durchzusetzen. Diese Elemente des alleinigen Machtanspruches, der alleinigen Entscheidungsfindung, der Durchsetzung mit allen Mitteln und der Ignoranz oder Verneinung von Grund-, Menschen- oder Bürgerrechten sind es, auf die sich die weiteren Ausführungen näher beziehen.

Storytelling oder die Macht der Geschichte

Egal welche Geschichte ein Land seinen BürgerInnen erzählt, *warum* es denn derart eigenmächtig handelt: es ist von außen recht einfach zu erkennen, wenn autoritär oder totalitär regiert wird. Von *innerhalb* eines Systems jedoch – und gerade, wenn man darin aufgewachsen ist und keine Alternativen kennt – sieht es mitunter anders aus. Die Narrative, also Erzählweisen, die eine Herrschaftsstruktur legitimieren sollen, werden gerne mit kulturellen wie religiösen Gewohnheiten und Traditionen verknüpft. Dadurch werden die Identität eines Landes und das Selbstverständnis seiner BürgerInnen mit dem diktatorischen System nicht nur in Übereinstimmung, sondern von ihm abhängig gemacht. So möchte sich etwa die kommunistische Regierung Chinas als sozialistische Schutzherrschaft verstanden wissen, die nur das Wohl der Gemeinschaft wahrt, und verwendet dabei Erzählweisen und Argumente aus der konfuzianischen Ethik, um die Brücke vom Kommunismus zum alten China zu schlagen. Andere Staaten legitimieren sich religiös und verknüpfen – wie etwa Saudi-Arabien – ihr politisches System mit den Prinzipien des Islam und dem islamischen Recht der Scharia. Hier gibt es keine Säkularität (Trennung von Kirche und Staat) und keinen

hat formatiert: Schriftfarbe: Automatisch

Rechtsstaat, wie wir es von Europa gewohnt sind, wo Prinzipien wie die Freiheit des Einzelnen oder die Gleichheit aller Menschen gegen eine religiöse Herrschaftsform sprechen. Die Mechanismen der Identitätsstiftung, die zu Identifikation mit einem Land, seinen Geschichten und kulturellen Gewohnheiten mit entsprechenden Zugehörigkeitsgefühlen führen, spielen jedenfalls eine entscheidende Rolle für den Machterwerb und beim Machterhalt. „Nationalisten“ sind nichts anderes als Menschen, die sich und einander Geschichten über die „eine heile Welt“ erzählen, die sie Heimat nennen und die sie zum Urgrund ihres persönlichen wie Gruppen-Identitätsempfindens machen. Jede „Wir sind das Volk“-Rhetorik basiert auf solchen Geschichten darüber, wer „wir“ sind (= bestimmt durch ein gewisses Aussehen, Sprache, Kultur, Gewohnheiten). Ein solches „Wir“ braucht „die Anderen“, um sich abzugrenzen. Feindbilder dienen dazu, die Zugehörigkeit nach innen zu stärken. Wir erinnern uns aber: *Je weniger (Meinungs-)Vielfalt in einem System zugelassen wird, desto diktatorischer ist es.* Daher können ideologisch aufgeheizte Parteien und PolitikerInnen bereits für ein anti-demokratisches Umfeld sorgen. Indem die Grundwerte einer offenen Gesellschaft, wie die Gleichheit oder die Allgemeingültigkeit der Menschenwürde und die Grund- und Menschenrechte, für alle Menschen in Abrede gestellt werden, können demokratische Systeme sukzessive von innen gekippt werden (wie die Geschichte Europas nur zu gut zeigt). Wer ausschließenden Kräften die Macht gibt, unterstützt die Basis für eine weitere exkludierende Systementwicklung, die manche Privilegierten bevorzugt und andere aufgrund von Meinung, Aussehen, Religion, Geschlecht, sexueller Orientierung, Herkunft etc. benachteiligt. Um Menschen und Gruppen zu erkennen, die sich solche nationalistisch-identitätsstiftenden Vorgänge zu nutzen machen, um Macht zu gewinnen oder um diese zu erhalten, genügen wenige Fragen:

- Trifft ein/e PolitikerIn mit seiner/ihrer Geschichte „den Nerv der Nation“ und versucht „das Volk“ anzusprechen?
- Welche Geschichte erzählt eine Regierung über das eigene Land: ist es eine inklusive (anderen Ländern die Hand reichende) oder exklusive (sich über andere Nationen oder Menschen erhebende) Geschichte?
- Wird diese Geschichte nur von der Regierung erzählt und über eigene Medien verbreitet (Stichwort Propaganda) oder herrscht ein breiter Diskurs darüber, wer Teil einer Gesellschaft ist und wie diese Gesellschaft sein sollte?
- Wie divers dürfen Menschen in einem Land sein? Wird Unterschiedlichkeit nicht nur toleriert, sondern sogar wertgeschätzt? Oder werden Angst- und Schreckensszenarien geschürt und böswillige Schuldige wie Ausländer, Eliten, Medien oder Andersgläubige für Missstände verantwortlich gemacht?
- Basiert eine Argumentation auf nachprüfbareren Fakten oder auf emotionalisierenden (angstmachenden, wütend-machenden, empörenden, ekligen) Gerüchten mit entsprechend bildhafter Sprache und klischeehaften Geschichten?

- Lässt ein System das Nachprüfen von Behauptungen durch die Bevölkerung, Medien und Wissenschaften überhaupt zu oder gibt es gar eine eigene Geschichtsschreibung, eigene Medien, eigenes Internet?

Europa und das schwache Narrativ

Auf der demokratischen Seite führt der gelebte Pluralismus von Religionen und Lebensweisen zu einer diversen Gesellschaft, deren Meinungsvielfalt durchaus verwirrend sein kann. Wer Orientierung in der Kakophonie an Optionen sucht, muss sich heute durch eine noch nie dagewesene Informationsflut arbeiten, um sich selbst ein Bild zu machen. Die Veränderung der letzten Jahrzehnte durch die Globalisierung, aber auch durch die hohe Mobilität im Zuge des europäischen Zusammenwachsens, hat das Bevölkerungsprofil in den Nationen Europas bunter gemacht. Die Geschichten, die einzelne Nationen sich ehemals über sich selbst erzählten, wurden und werden für immer weniger Menschen identitätsstiftend. Je offener eine Gesellschaft, desto transkultureller werden ihre Erzählungen: *United in Diversity* lautet nicht zu Unrecht das Motto des vereinten Europa. Doch an diese „neue“ größere Gemeinsamkeit wird man sich generationenübergreifend gewöhnen müssen. Es müssen neue Geschichten über die EuropäerInnen entstehen, über die europäische Kultur der Diversität, die ihren echten Mehrwert in Krisenzeiten bewiesen hat. HeldInnen-Geschichten, die nationenübergreifend wirken, entstehen besonders in Zeiten der Bewältigung gemeinsamer Krisen. Doch genau dieselben kritischen Zeiten sind es, die Menschen zutiefst ängstigen und aus Abwehr regredieren lassen, sodass sie sich zurückwünschen in die „gute alte Zeit“.

Wer heute klare, einfache Vorgaben sucht, wird sich gerade in einer pluralistischen Gesellschaft den traditionellen identitätsstiftenden „starken Führern“ zuwenden. Die Erzählung einer glorifizierten gemeinsamen Vergangenheit als „wahre“ Basis für das „echte Volk“ funktioniert so lange, wie sich keine starken neuen paradigmatischen Narrative herausgebildet haben. Wir sind heute in Europa in einer solchen Übergangszeit: Die alten nationalen Narrative haben an Glaubwürdigkeit verloren, die neuen transnationalen Erzählweisen haben sich noch nicht als glaubwürdig erwiesen. Das gemeinsame Europa hat sich lange Zeit als Friedensunion definiert. Doch die Erinnerung an den Krieg ist mit den Jahrzehnten in den Hintergrund gerückt, die Angst vor neuen feindlichen Auseinandersetzungen lieferte im konsumbetonten Westen keine „gute Geschichte“ mehr, weil ihr der Glaube, die Furcht und die Erfahrung zunehmend abgingen. Diese Lücke im Erzählstrang konnte, solange die Wirtschaft halbwegs stabil war, unbemerkt wachsen. Hier hat das Narrativ der EU als „Wirtschaftsunion“ funktioniert, ohne jedoch in der Bevölkerung große Sympathien zu sammeln. Seit 2008/2010 und der ersten schwereren Rezession fehlt aber die gemeinsame europäische Erzählung, der Glaube an den gemeinsamen Grund (und die Wirtschaft ist zu wenig emotional, um an sie glauben zu können) bitterlich. Die Folgen sind beängstigend: Das Menschliche wird zugunsten von Sicherheitsversprechen und zu

Ungunsten der Ärmsten der Armen wie Flüchtlingen zurückgedrängt. Europa hat es bislang verabsäumt, sich glaubwürdig als „die menschliche Union“ zu definieren.¹

In der Corona-Krise ist das Fehlen der gemeinsamen Geschichte überdeutlich geworden: Anstatt Solidarität und Gemeinsamkeit von Anfang an großzuschreiben, haben die Nationen zunächst einmal ihre Grenzen dichtgemacht, lebenswichtige Güterlieferungen erschwert und Schutzausrüstung für sich zurückgehalten. Erst mit der Zeit ist das „europäische Bewusstsein“ erwacht, die EU hat solidarisches Handeln eingefordert und übernationale Hilfsmaßnahmen koordiniert.

Gerade in unsicheren Zeiten, in denen die Menschen ihre Gesundheit, ihr Überleben, ihren Wohlstand und ihre Zukunft bedroht sehen, liegt der *Regress*, also der Rückschritt in der Geschichte und der Rückzug auf bereits Bekanntes, vermeintlich Sichereres, nah. Im Zuge kritischer Entwicklungen fällt es daher rechten und Mitte-rechten Regierungen umso leichter, die Wählerschaft mit starker Hand durch die Krise zu führen, der Bevölkerung Schutz zu versprechen und dabei offen und transparent oder still und heimlich die Grundgegebenheiten, wie das Rechtssystem, die Praktiken der Exekutive oder gar die Verfassungen zu verändern. Diese Veränderungen müssen nicht vorsätzlich böswillig geschehen – Verschwörungstheorien soll hier kein Vorschub geleistet werden. Sie können aber nachträglich zu Machtmissbrauch führen.

Apropos Verschwörungstheorien: Verschwörerische Erzählungen verlaufen nach dem Strickmuster „Die Regierungen/Medien/Eliten/Ausländer/Alien etc. wollen Deinen Untergang“, „Die Nation X oder Religion Y will Deinen Untergang“, „PolitikerIn Z will Deinen Untergang“. Irgendjemand ist grundböse und will sich auf unsere Kosten bereichern. Fake News (sind eher wie journalistische Berichte gestaltet) bzw. Verschwörungstheorien (sind eher wie Behauptungen gestaltet) wurden während der Corona-Krise zum Problem, weil sie nicht mehr klar als solche erkennbar waren (wie etwa durch abstruse Vorwürfe), sondern zum Teil entweder in pseudowissenschaftlichem Gewand gekleidet daher kamen (Ärzte und Wissenschaftler kritisierten die Maßnahmen, Näheres dazu weiter unten), oder wie frohe Botschaften aussahen, aber politische Propaganda waren (China lobte seine Lieferungen von Schutzausrüstungen nach Europa, behauptete, Europa wäre ohne China gar nicht handlungsfähig – und „vergaß“ dabei zu erwähnen, dass Europa zuvor China mit massenweise Hilfslieferungen unterstützt hatte).

Kritik in Zeiten der Pandemie: Fake News, Alternative Realities und die Unberechenbarkeit der Wirklichkeit

Klare Schwarz-Weiß-Malerei ist ein beliebtes Mittel, um etwa gegen die mitunter widersprüchlich erscheinenden Aussagen der Wissenschaft – und damit gegen die Komplexität und Ambiguität der Realität – öffentlichkeitswirksam anzukommen. Rechte oder

¹ Die NGO *Europe:United – Organisation für ein menschliches Europa* hat ein Leitbild für Europa auf Basis der Menschlichkeit erarbeitet: Die Europäische Deklaration könnte als Präambel in der zukünftigen Europäischen Verfassung verankert werden. Siehe Walzer, Nana/Gowin, Peter (Hg.): *Die Evolution der Menschlichkeit. Wege in die Gesellschaft von morgen*. Braumüller 2017, S.

autoritäre PolitikerInnen setzen sich gerne auf „die eine gültige Meinung“, um sie dann bei nächster Gelegenheit zu widerrufen. Donald Trump und Boris Johnson lieferten während der Krise spektakuläre Kehrtwendungen. Aber auch gemäßigte Staatsmänner und -frauen erliegen der Versuchung des ersten Gebots des Krisenmanagements, nämlich eindeutige und klare Messages auszugeben. So wurden auch aus hehren Motiven heraus Meinungen (=Interpretationen wissenschaftlicher Studien, deren Grundannahmen, Messverfahren, Datenmaterial u. a. nicht umfassend, vergleichbar oder letztgültig aussagekräftig waren) zur allgemeingültigen Wahrheit erklärt und daraus strikte Maßnahmen abgeleitet (so geschehen in Österreich). Was in der Stunde der Not Sinn macht und gut funktioniert, nämlich, dass sich die Bevölkerung beruhigt fühlt und an die Anweisungen hält, gilt es spätestens nach der Krise wieder in den Diskurs zu holen. Denn so fix und eindeutig waren die Zahlen der Wissenschaft nicht, als dass sie nicht Raum für Diskussionen erlaubt hätten. Wo dies verhindert wurde, war schnelles Handeln möglich. Aber den Diskurs dauerhaft zu verhindern, ist eben kein Merkmal gesunder demokratischer Gesellschaften. Wo sich einige über die krisenbedingte Einhelligkeit von Regierungsparteien und Opposition freuten, wurden sich andere erst klar, wie wichtig das ewige Hin und Her in den mehrparteilich gestalteten Regierungen ist, damit möglichst viele Meinungen und Sichtweisen berücksichtigt werden und die beste Lösung ausgearbeitet werden kann. Nur dauert dies eben Zeit, Zeit, die es während der Corona-Krise nicht gab. Und man sah: Wo schnell gehandelt wurde, waren die Fallzahlen sowohl von Infektionen, also auch die Sterbezahlen ungleich geringer. In den sozialen Medien wurden immer wieder Stimmen laut, die zwar die strengen Maßnahmen gewisser Staaten wie Österreich oder Deutschland angriffen, aber letztlich keine alternativen Lösungen präsentierten, sondern nur Zweifel säten. *Media Literacy* oder die Fähigkeit, mit Nachrichten aller Art sinnvoll umzugehen, ist heutzutage nötiger denn je. Die Corona-Krisen-Kommunikation machte dies einmal mehr deutlich. In einer offenen Gesellschaft muss offene Kritik einen Raum haben, aber die Fakten müssen stimmen, nachvollziehbar dargestellt und belegt werden. Oder aber eine bloße Meinung wird als solche klar gekennzeichnet. Heikel sind jedoch Meinungen, die als Fakten daherkommen und eine Form haben, die der Laie nicht von echter Wissenschaftlichkeit oder seriöser Medienberichterstattung unterscheiden kann. Fehlt einer überzeugenden Darstellung eine sachliche Schlusssatz, bleibt nach der Lektüre nur ein schockiertes oder flaes Gefühl, muss man sich fragen, wer solche Gerüchte streuen will, wer Empörung, Wut, Angst und Panik erzeugen will – und was dieser Mensch/diese Gruppe davon hat. Man kann davon ausgehen, dass es dann entweder um Suche nach Aufmerksamkeit geht oder aber um versuchten Machterwerb nach dem Prinzip „Teile und herrsche“ (siehe oben: „Wir gegen Sie“), hinter dem autoritär ausgerichtete bis totalitär geprägte Menschen/Gruppen/Regierungen stehen. Den Unterschied müssen BürgerInnen im Informationszeitalter zunehmend selbst erkennen. Plattformen wie Facebook, Youtube oder auch Whatsapp versuchen zwar Fake News oder in diesem Fall gesundheitsgefährdenden Alternative Realities entgegenzuwirken und deren Verbreitung zu stoppen. Doch die Formen der Kommunikation sind ständiger adaptiver Veränderung unterworfen und die Wege der emotionalen Manipulation sind – so scheint es zumindest – mitunter gefinkelter als die

hat formatiert: Schriftfarbe: Automatisch

Algorithmen. Die Gradwanderung zwischen anti-demokratischer Zensur und Verhinderung von Massen-Manipulation bzw. Aufhetzung ist eine heikle und bedarf ebenfalls steter Überwachung. Das Dilemma hat schon Sir Karl Popper mit dem legendären Toleranz-Paradoxon in seinem Werk „Die offene Gesellschaft und ihre Feinde“ beschrieben: Es muss unbedingt vermieden werden, dass eine tolerante Gesellschaft aufgrund ihrer Toleranz intoleranten Kräften erlaubt oder ermöglicht, die eigene Toleranz einzuschränken oder gar abzuschaffen. Als intolerant definiert Popper einen Menschen oder eine Gruppe, die den rationalen Diskurs verweigert und/oder zur Gewalt gegen Andersdenkende aufruft. Ob manche Formen von reißerischer Kritik an den Maßnahmen gegen die Verbreitung des Coronavirus nicht letztlich die Nichteinhaltung derselben befürwortet und so zu gesundheitsschädigenden Wirkungen führt, die als Gewaltanwendung gegen Andersdenkende (nämlich Maßnahmenbefürwortende) ausgelegt werden könnte, ist zumindest diskussionswürdig. Die Meinungsfreiheit in Zeiten einer Pandemie darf zwar nicht gefährdet werden, sollte letztlich aber auch kein bewusst anvisiertes Gesundheitsrisiko mit sich bringen. Die Unfreiheit einiger (Meinungen in diesem Fall) zum Schutz aller kann aber auch autokratische Bevormundung bedeuten.

Die entscheidende Rolle von BürgerInnen

Der Feind der Unfreiheit ist naturgemäß die Freiheit – und Freiheitsrechte sind zuallererst BürgerInnenrechte. Wir merken, wenn unsere Freiheit eingeschränkt wird: Wir akzeptieren zum einen die Geldbuße für zu schnelles Autofahren, aber wir lassen uns nicht dauerhaft zu Hause einsperren. Für einen solchen Einschnitt in unsere Bewegungsfreiheit braucht es zurecht gute Gründe. Wenn es um Grund- und Menschenrechte geht, sind Gefühle und Voreinstellungen, kulturelle und soziale Gewohnheiten und Wertungen wie „gut und böse“ und ethische und moralische Prinzipien im Spiel. Der Unterschied zu manchen Religionen und totalitären Ansätzen ist, dass in westlichen demokratischen Gesellschaften der Grundsatz „Jeder Mensch ist gleich und in seiner Würde unantastbar“ gilt bzw. gelten sollte. Dieser Grundsatz beschränkt zumindest theoretisch die Willkür um den Faktor „Gerechtigkeit“. Wo immer dieser Grundsatz in Frage gestellt wird sollte genauer hingesehen werden. Gerade in Krisenzeiten ist es essenziell, nicht nur die lauten und leicht erkennbaren, sondern auch die möglicherweise recht leise vor sich gehenden, gar unbemerkt schleichenden Prozesse, die weg von der bürgerlichen Mitbestimmung und hin zur teilweisen oder völligen Abhängigkeit „von oben“ führen, genau zu beobachten. Denn irgendwann ist die Krise vorbei und wir BürgerInnen müssen dann eventuell plötzlich mit neuen Gesetzen oder Gewohnheiten leben, die unser Leben zum Schlechteren hin – im Sinne von weniger Freiheit, Gerechtigkeit oder Mitmenschlichkeit – verändern. Hier sind nicht nur der Verstand, sondern auch die Intuition, das Bauchgefühl und die innere Stimme gefragt, genau hinzufühlen, wann die Grenze erreicht ist, die unwiederbringlich das demokratische Gefüge verändert. Die wenigsten BürgerInnen sind JuristInnen, aber die meisten haben ein Gefühl für Freiheit und Verhältnismäßigkeit. Wir sind bestimmte Verhaltensweisen gewohnt und wo Gewohnheiten nicht nur kurzfristig, sondern auf unbestimmte Zeit beschnitten werden, sollten die Alarmglocken läuten.

Die Voraussetzungen einer Demokratie bilden ja nicht nur die *Möglichkeit* zur Teilhabe der BürgerInnen an der Macht des Staates, sondern auch *die Überzeugung* der Menschen, an der Gestaltung und Verwaltung der Gesellschaft über demokratische Mittel tatsächlich mitwirken zu können.

Für die Glaubwürdigkeit einer demokratisch organisierten Gemeinschaft sind daher nicht nur die üblichen Messverfahren der Politikwissenschaft in Bezug auf den Grad einer Demokratie ausschlaggebend (s.o.: Wahlprozesse, politischer Pluralismus, Funktionsweisen eines Regierungssystems, Machteinschränkungen desselben etc.). Es sind vielmehr die Ansichten und die Stimmungen der Bevölkerung dem Staat gegenüber, die das erwünschte Lebensgefühl, nämlich in Freiheit zu leben, ausmachen: eben das Gefühl, wirklich in einem sicheren, freien und demokratischen Land zu leben. Neben dem politischen System sind es die real gelebten bürgerlichen Freiheiten wie die Meinungs- und Glaubensfreiheit, das Versammlungs- und Vereinigungsrecht, die persönliche Autonomie und die Individualrechte, auf deren erfahrbarer Basis sich Menschen wohl fühlen können. Die Qualitätsunterschiede von auf diese Weise bereits etablierteren Demokratien beziehen sich dann im nächsten Schritt besonders auf Kriterien wie öffentliche Transparenz, Grade und Arten der Partizipation und auf die Effektivität der Gewaltkontrolle. Je mehr Einblick in und Einfluss auf die politischen Entscheidungen genommen werden kann, desto eher entspricht ein Land demokratischen Idealen.

Um das Gefühl zu haben, in einer „guten Demokratie“ zu leben, sind darüber hinaus noch der *Grad an Vertrauenswürdigkeit* der politischen RepräsentantInnen und der *Glaube an die Funktionalität* der systemisch verankerten Prinzipien (Gesetze, übliche Vorgehensweisen etc.) von zentraler Bedeutung. Das *Vertrauen* in Mensch und System wiederum kann durch zwei sichtbare und spürbare Verhaltensweisen, nämlich durch *Verpflichtung* und *Verantwortung* aufgebaut werden. Aus diesen drei Komponenten, also aus Vertrauen, Verpflichtung und Verantwortung gemeinsam, erwächst die Glaubwürdigkeit einer Demokratie in den Augen ihrer BürgerInnen:

- **Vertrauen in das Gesellschaftssystem** (Politik, Judikatur, Exekutive, Medien) und in das Potenzial, dasselbe etwa durch mediale, bürgerliche und gesetzlich verankerte Aktionen (z. B. Wahlen, Volksabstimmungen) und Interventionen (z. B. Streiks, mediale Berichterstattung) beeinflussen und verbessern zu können.
- **Verpflichtendes Handeln zum Wohle der BürgerInnen** seitens der PolitikerInnen und VertreterInnen der gesellschaftlichen Institutionen.
- **Verantwortliches Handeln** auf Seiten aller gesellschaftlich relevanten Stakeholder (Politik, Judikatur, Exekutive, Wirtschaft, Medien u. a.).

Die seitens der Politik und staatlichen Institutionen erwartete „Pflicht“ und „Verantwortung“ besteht in der praktischen Umsetzung bestimmter gesellschaftlicher Grundwerte wie etwa der Freiheit, Gleichheit oder Mitmenschlichkeit, der Sicherung der Lebensqualität oder der Gerechtigkeit in die Lebensrealität der BürgerInnen. Papier allein ist geduldig, was zählt sind die Taten. Aber wenn anti-demokratische Taten bereits auf dem Papier ermöglicht werden, fällt das Handeln umso leichter, sobald die Regierenden nicht mehr das verpflichtend verantwortliche Handeln zum Wohle der BürgerInnen im Sinn haben. Gesetze und

Regelwerke sollen selbstredend nicht nur den Regierenden und dem Funktionieren ihrer Machtsysteme dienen, sondern auch alle im Land lebenden Menschen vor Missbrauch durch Machthabende schützen.

In Ausnahmeständen, wie im Kriegsfall oder eben Pandemiefall, werden allerdings einige der allgemein gültigen, institutionell verankerten Grundlagen des demokratischen Zusammenlebens unter dem Anspruch, dies „zum Wohle aller“ tun zu müssen, beschnitten oder abgeändert. Mitunter werden solche Gesetzestexte auch ohne zeitliche Begrenzung oder ohne Beschränkung auf den bestimmten Ausnahmefall „angepasst“. Solche im Akutfall durchaus sinnvollen Adaptionen, können letztlich unerwünschte Weichen stellen und in Bezug auf Demokratieverständnis und demokratisches Verhalten einer Gesellschaft gravierende Folgen haben.

Die vier Grundsäulen Europas

Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Säkularität und Grund- und Menschenrechte gelten als die vier Grundpfeiler Europas. Eine offene Gesellschaft, basierend auf einer liberalen Demokratie wie sie in Europa gelebt wird, muss sich auf die anderen drei Säulen stützen können, um Stabilität in destabilisierenden Zeiten gewährleisten zu können. Diverse Angriffe auf die Demokratie können folgerichtig aus allen vier Richtungen kommen und alle vier Säulen angreifen:

1. **Anti-demokratische Entwicklungen**, die das Mitspracherecht und die Partizipationsmöglichkeiten der Bevölkerung eindämmen
2. **Entwicklungen im Rechtssystem**, die Ungleichbehandlung und Unterdrückung fördern
3. **Entwicklungen, die einer Ideologie oder Glaubensrichtung exklusiven Vorrang geben** und dieser erlauben, auf die Regierungsentscheidungen Einfluss zu nehmen
4. **Entwicklungen, die den Grund- und Menschenrechten zuwiderlaufen**, sie abbauen, aushebeln oder ignorieren.

Demokratierelevante Entwicklungen während der Corona-Krise

Im Zuge der Coronavirus-Krise wurden in allen EU-Ländern Grundrechte beschnitten, etwa das Recht auf Versammlungsfreiheit, auf Bewegungsfreiheit oder auf Arbeit eingeschränkt. Die Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (FRA) weist darauf hin, dass dies in Zeiten einer derartigen Krise legitim ist, allerdings nur, wenn die Maßnahmen auf Zeit gelten und wenn ihre Auswirkungen streng überwacht werden. Andererseits gilt es auch, ein Auge auf durch die Maßnahmen ausgelöste akute Problemfelder zu haben. Besonders wenn einzelne Menschen oder Menschengruppen von Einzelmaßnahmen betroffen sind, wie etwa BewohnerInnen von Altersheimen, Häftlinge oder Menschen in Asylzentren und Flüchtlingslagern, sei Vorsicht vor laufenden gravierenden Grundrechtsverletzungen angebracht. Weiters bestätigt die FRA in ihrem Bericht² folgende real existente Probleme,

² FRA, Fundamental Rights Agency: Coronavirus Pandemic in the EU – Fundamental Rights Implications. 01.02.-20.03.2020, https://fra.europa.eu/sites/default/files/fra_uploads/fra-2020-coronavirus-pandemic-eu-bulletin-1_en.pdf

die mit den Auswirkungen der krisenbedingten Verletzung von Grundrechten zusammenhängen:

- Der Schutz vor ungerechtfertigter Kündigung ist so gut wie aufgehoben
- Der Ausschluss von bereits zuvor in prekären Arbeitsverhältnissen Tätigen von den staatlichen Hilfen
- Das Recht auf Bildung muss auch in Corona-Zeiten für alle gelten, nicht nur für jene Kinder, die über einen Computer/Internetanschluss verfügen und in intakten Familienverhältnisse leben. Kinder und Jugendliche aus Migranten-/Flüchtlingsfamilien sind zum Teil gar nicht erreichbar
- Rassistische Übergriffe, wie Angriffe auf ChinesInnen, woraufhin sich viele betroffene Erkrankte nicht melden bzw. ihnen die medizinische Versorgung verweigert wird
- Die Zunahme häuslicher Gewalt
- Der Zugang zu Informationen über die Corona-Krise und die Maßnahmen muss in den Sprachen der MigrantInnen verfügbar sein

So sehr BürgerInnen sich vielleicht darauf einstellen müssen, dass es ähnlich gravierende Pandemien auch in Zukunft geben wird (in Asien ist das Tragen eines Mundschutzes seit Jahren keine Besonderheit mehr) – gesetzliche und normativ verordnete Ausnahmen dürfen keinesfalls die neuen Regeln werden: *„Es macht einen Unterschied, ob man auf die individuellen Rechte temporär aus vernünftigen Gründen verzichtet oder ob man der Meinung ist, dass diese Rechte im Grund von vorneherein beschränkt sein müssen“*.³ Ein erster Überblick (der nicht den Anspruch auf Vollständigkeit erhebt) über die in vielen Staaten Europas getroffenen Maßnahmen, die demokratierelevant sind, liefert folgendes Bild:

- Aufhebung von Bewegungsfreiheit und Versammlungsfreiheit
- Einschränkung des Rechts auf Privatsphäre: Smartphone-Überwachung (z. B. Handyortung), Handydaten/Datenstrom-Analysen, Bewegungsprofile, Überwachung durch Kameras oder Drohnen
- Beschränkung der Meinungsfreiheit: Desinformation (bes. soziale Medien), „message control“ durch die Regierungen
- Vernachlässigung von Minderheiten (Obdachlose, Flüchtlinge)
- Ungerechtfertigte Polizeigewalt: Verwarnungen oder Strafen für das alleinige Sitzen auf Bänken oder das gemeinsame Sitzen in einer Wiese von Familien – bis hin zu Haftstrafen für die Verbreitung von regierungskritischen „Falschnachrichten“ (siehe Beispiel Ungarn weiter unten)
- (Emotionale) Manipulation durch „starke Führer“ und ihre anti-demokratischen „Sicherheitsmaßnahmen“, die zu bedenklichen Neuregelungen, Gesetzestexten oder Verfassungsänderungen führen (siehe weiter unten), wodurch die BürgerInnen als „Souverän“ von staatlichen Entscheidungsprozessen ausgeschlossen werden

³ Sighard Neckel in: Auswirkungen der Grundrechtseingriffe: Vom Gewöhnen an eine neue Normalität. Der Standard online, 31.03.2020, <https://www.derstandard.at/story/2000116318345/auswirkungen-der-grundrechtseingriffe-vom-gewoennen-an-eine-neue-normalitaet>

- Dauerhafte Verantwortungsabgabe an Autokraten und ihre Regierungsapparate, Rückzug aus der demokratischen bürgerlichen Mitverantwortung
- Steigerung der sozialen Ungleichheit: wer trotz Krankheit arbeiten gehen muss (weil er das Einkommen unmöglich verzichten kann), wer auf kleinem Raum zusammenleben muss, wer keinen Zugang zum Internet hat, wer der Willkür weniger ausgeliefert ist (Flüchtlingslager, Altenheime), wer seine Arbeit verliert – all jene trifft die Krise besonders hart

Demokratiegefährdende Maßnahmen: Fallbeispiele⁴

Im Folgenden werden Fallbeispiele aus verschiedenen Nationen beschrieben, um das oben Geschilderte zu verdeutlichen. Die Fallskizzen reißen einige zumeist unter dem Titel „Ausnahmезustand“ oder „Notstand“ herbeigeführte, und manchmal bereits kurzfristig, zumindest aber auf Dauer fragwürdige Maßnahmen diverser Regierungen in aller gebotenen Kürze auf:

Überwachung versus Datenschutz

Mit der Pandemie kommt der Überwachungsstaat, scheint es mitunter. Besonders beliebt sind dabei Handydaten. Weltweit sind unterschiedliche Apps im Kampf gegen die Pandemie im Einsatz, mancherorts freiwillig, andernorts verpflichtend. Das Ziel ist via Handy-Tracking/Tracing bereits Infizierte zu überwachen (ob sich diese an die Quarantäne halten) sowie Kontaktpersonen aufzuspüren und zu informieren.

- *China*: Digitale Überwachung via App und Ampelsystem, ein QR-Code in der Farbe Rot (14 Tage Quarantäne), Gelb (7 Tage Quarantäne) und Grün (unbedenklich) gibt Auskunft darüber, ob sich eine Person kürzlich an einem Ort mit erhöhtem Infektionsrisiko aufgehalten hat. So wird etwa auch darüber entschieden, ob diese Person öffentliche Verkehrsmittel betreten darf. In China gibt es zudem flächendeckende Überwachung mit Kameras und automatisierter Gesichtserkennung, das Land speichert schon lange diverse Daten der Bevölkerung und setzt auf bargeldlose Zahlung, die weitere Daten liefert. Datenschutz und Persönlichkeitsrechte zählen in China wenig.⁵
- *Südkorea*: Hier werden Menschen mittels App gewarnt, wenn eine infizierte Person in der Nähe ist – ebenso ist nachvollziehbar, wo sich einzelne Personen aufgehalten haben.
- *Tschechien*: Hier werden (zumindest testweise) Handydaten und Nutzungsdaten von Kreditkarten/Bankkarten dazu verwendet, um Bewegungsprofile von Infizierten zu erstellen. Eine Software identifiziert Kontaktpersonen von Infizierten, worauf diese

⁴ Für einen breiten Einblick in schwerwiegende Eingriffe durch Regierende und Regierungen, die unter dem Deckmantel der Coronavirus-Krise in 30 Ländern stattfinden, siehe: David Gilbert: „These 30 Regimes Are Using Coronavirus to Repress Their Citizens“, 09.04.2020, https://www.vice.com/en_us/article/dygbxk/these-30-regimes-are-using-coronavirus-to-repress-their-citizens

⁵ Wie Staaten ihre Bürger überwachen – und wie Österreich es tun könnte. Der Standard online 28.03.2020, <https://www.derstandard.at/story/2000116247957/wie-staaten-ihre-buerger-ueberwachen-und-wie-oesterreich-es-tun>

bis zu drei Tage unter Quarantäne gestellt werden, bis ein Coronavirus-Test vorgenommen wurde.

- *Österreich:* Hier setzt man mit der „Stopp Corona“-App des Roten Kreuzes auf Freiwilligkeit. Smartphones tauschen sich via Bluetooth aus, zustande gekommene Kontakte werden gespeichert. Allerdings sollen (Stand 07.04.2020) BürgermeisterInnen über Covid-19-Erkrankungen in ihrem Einzugsgebiet informiert werden, was ExpertInnen weder angemessen noch zweckdienlich erscheint, geschweige denn datenschutzkonform wäre. Mobilfunkunternehmen in Österreich übermitteln zudem anonyme Bewegungsdaten, man kann damit nur ermitteln, wie viele Leute sich wo zu einem bestimmten Zeitpunkt aufhalten.
- *Israel:* Hier werden die Bewegungen von BürgerInnen mittels Funkzellenabfragen überwacht, so können Standorte ermittelt werden. Um ein genaues Bild zu erhalten werden die Daten mit etwa Banktransaktionen verglichen, um eine genauere Bestimmung zu ermöglichen. Während Österreich nur anonymisierte Positionsdaten verwendet, ist in Israel eine personalisierte Auswertung möglich.
- *Deutschland:* Auch hier wird die freiwillige Verwendung einer anonymisierten Tracking-App diskutiert (Stand 07.04.2020).
- *Polen:* lässt Infizierte in Quarantäne und Menschen, die aus dem Ausland zurück gekehrt sind, per App überwachen. Mehrmals am Tag fordert die App auf, innerhalb von 20 Minuten per Handyfoto nachzuweisen, dass eine infizierte Person auch tatsächlich zu Hause ist.
- *Belgien:* setzt zur Überwachung auf Drohnen. So ermittelt die Polizei, ob etwa in Grünzonen Abstände eingehalten werden, dreisprachige Durchsagen erinnern an die Regeln.
- *Russland:* ist seit längerem bestens für staatliche Überwachung gerüstet. Es verfügt über ein eigenes Internet und etwa Einträge in sozialen Netzwerken werden analysiert. Breit angelegte Überwachungskapazitäten gibt es auch im analogen Bereich: Allein in Moskau existieren rund 170.000 Kameras mit Gesichtserkennungssoftware im öffentlichen Raum. Wer unter Quarantäne gestellt wurde und so entdeckt wird, wird umgehend identifiziert und abgestraft. Mobilfunkbetreiber sollen nun im Zuge der Coronavirus-Krise Daten auch personenbezogen an den Staat weitergeben, um SMS an Menschen zu schicken, die sich in der Nähe von Infizierten aufgehalten haben.⁶

Google veröffentlicht außerdem Bewegungsdaten von 131 Ländern, indem Standortdaten von Millionen von Android-Smartphones Veränderungen in Bewegungsmustern sichtbar machen. So sollen Behörden besser einschätzen können, wie gut die Maßnahmen (wie Ausgangsbeschränkungen) umgesetzt werden. Die Berichte sind übrigens für jeden als PDF einsichtig, die neuesten Daten sind 48-72 Stunden alt. Zum Schutz der Privatsphäre sollen keine personenbezogenen Daten, wie Standort, Kontakte oder Bewegungen einzelner Personen, bereitgestellt werden.

⁶ Mit Überwachung gegen das Coronavirus. ORF online, 31.03.2020, <https://orf.at/stories/3159931/>

Wenn sich der Fokus der Rechtsbetrachtung auf die Gesamtbevölkerung verschiebt, tritt der einzelne Mensch in den Hintergrund. Es sind also die Einzelnen, die es genau aufzuklären gilt, was mit ihren Daten in Krisenzeiten geschieht. Auch die Nutzung anonymisierter „Big Data“ ist nicht unkritisch hinzunehmen, doch die Datenschutzgrundverordnung, die in ganz Europa gilt, sagt klar: „Gesundheit geht vor, Leben retten ist wichtiger als Datenschutz hochhalten“⁷.

Von der Einschränkung der Meinungsvielfalt und Medienfreiheit bis zur Desinformation, Fake News und Alternative Realities

- **Österreich:** Die einheitliche Kommunikation der Regierung und das Ausbleiben konfliktreicher öffentlicher Diskussionen zwischen Regierungsparteien und Opposition sollte zunächst Sicherheit in unsicheren Zeiten geben. Pressekonferenzen der Bundesregierung fanden während der Corona-Krise nur noch in Anwesenheit von wenigen MedienvertreterInnen, wie APA (Austrian Presse Agentur) und ORF statt, andere Medien konnten Fragen vorab oder online stellen. Die Ziele regelmäßiger Regierungspressekonferenzen, die über die aktuelle Lage und geplante Maßnahmen in vertrautem Rahmen informieren, sind, ein einheitliches Bild zu schaffen und die Bevölkerung zu beruhigen. Schrittweise erfolgen Ankündigungen, allerdings wurde die Gradwanderung zwischen notwendiger Vereinfachung und unzulässiger Verkürzung und dem darauffolgenden Entstehen von Verwirrung und Missverständnissen, etwa in Bezug auf Anordnungen zum Verhalten zu Ostern mit zunehmender Kritik aufgenommen. Andere Themen – wie etwa die anti-demokratische Entwicklung in Ungarn – fanden hingegen keinen Platz in den Pressekonferenzen; diese Monothematik wurde ebenfalls kritisch aufgenommen.⁸ Auch etwaiges Fehlverhalten zu Beginn der Krise (als es um die Verbreitung des Virus in Tirol und das längere Ausbleiben von Maßnahmen ging), wurden nicht behandelt. Parteikalkül und der Fokus auf notwendige Krisenkommunikation sind jedenfalls nicht immer auseinanderzuhalten. Natürlich hat es eine (Signal-)Wirkung, wenn viele gesellschaftlich relevante Themen ausschließlich medial und in der Bevölkerung diskutiert werden, aber seitens der Politik eine Stellungnahme ausbleibt bzw. das Aufnehmen bestimmter Themen verweigert wird.
- **Ungarn:** Ein anderes Bild bietet sich in Ungarn. Hier können die kritischen Pressestimmen durch eine Verordnung, die im Zuge der Corona-Krise eingeführt wurde, als sogenannte „Falschmeldungen“ abgestraft werden. Es gibt im Notstandsgesetz eine Klausel gegen sogenannte Fake News: „Die Verbreitung falscher oder verzerrter Behauptungen über die Tätigkeit der Regierung“ kann mit Gefängnis

⁷ Viktor Mayer-Schönberger in „Big Data: SPÖ fordert Debatte im Verfassungsausschuss“, ORF online 30.03.2020, <https://www.orf.at/stories/3159875/>

⁸ Dieser Abschnitt vgl. „Neuland für Regierungskommunikation“, ORF online 04.04.2020, <https://orf.at/stories/3160126/>

bestraft werden. Was aber eine verzerrende Berichterstattung über die Regierung ist, entscheidet die Regierung selbst.⁹

- *Russland*: Eine weitere Stufe der Manipulation von Kommunikations(kanälen) in Krisenzeiten ist die Desinformation, das absichtliche Verbreiten von Fake News. Gerade in unsicheren Zeiten sind Menschen besonders empfänglich für Verschwörungstheorien und entsprechende Desinformation erweist sich als besonders effektiv. Einem EU-Bericht zufolge, haben russische Staatsmedien und regierungsnahe Kommunikatoren während der Corona-Krise eine gezielte Desinformationskampagne gestartet, mit dem Ziel, die Krise in der Absicht, die europäischen Gesellschaften von innen zu zersetzen, zu verschlimmern: „Diese Kampagne ist darauf angelegt, Verwirrung, Panik und Angst zu verschärfen“¹⁰. Die anti-europäischen und anti-demokratischen Entwicklungen kommen in solchen Fällen zusammen. Eine solche Falschmeldung ist, dass das Corona-Virus eine im Westen hergestellte Waffe sei oder dass die Pandemie mit der NATO in Verbindung stehe.
- *China*: Auch hier wird mediales Storytelling mit Hilfe der Darstellung scheinbar glaubwürdiger Behauptungen von „Alternativen Realitäten“ dazu benutzt, um das eigene Image aufzupolieren und westliche Gesellschaften abzuwerten. Eine berühmte Verschwörungstheorie lautet: „US-Militärs könnten das Coronavirus nach Wuhan gebracht haben“ – das behauptete etwa Chinas Außenamt.¹¹ Damit soll Zweifel gesät werden, ob das Virus seinen Ursprung in China hatte. Auch die Hilfslieferungen nach Europa wurden so dargestellt, dass die eigene Stärke und internationale Rolle überbetont wurden, während die Hilfen, die aus europäischen Ländern oder der USA kamen, als China noch voll mit der Krise im eigenen Land zu tun hatte, nahezu verschwiegen werden. Bei Nachfragen in Bezug auf verschwundene Journalisten, die die Lage in China in sozialen Medien anders beschrieben hatten, wird deren Existenz geleugnet. „Die Zustände, die diese in Wort und Bild schilderten, widersprachen der offiziell verbreiteten Version zum Teil immens und schürten das Misstrauen unter Chinesen selbst, aber auch im Ausland“, berichtet etwa ntv¹².

Sowohl die Macht, die Bevölkerung zu beruhigen als auch die gezielte Angsterzeugung können als Herrschaftsinstrumente eingesetzt werden. Bedrohungsszenarien versetzen

⁹ Vgl. Robin Alexander: „Herr Botschafter, wird in Ungarn gerade die Demokratie abgeschafft“, Die Welt online, 03.04.2020, <https://www.welt.de/politik/ausland/article207015463/Notstandsgesetz-wegen-Corona-Herr-Botschafter-wird-in-Ungarn-gerade-die-Demokratie-abgeschafft.html>

¹⁰ Auszug aus einem Papier der Abteilung für Strategische Kommunikation des Europäischen Auswärtigen Dienstes. Zitiert aus: „Die Kampagne soll Verwirrung, Panik und Angst verschärfen“, Der Tagesspiegel online, 19.03.2020, <https://www.tagesspiegel.de/politik/eu-wirft-russland-desinformation-in-coronakrise-vor-die-kampagne-soll-verwirrung-panik-und-angst-verschaerfen/25659790.html>

¹¹ Aus: „Wie Desinformation in Zeiten von Corona funktioniert“, Der Tagesspiegel online, 16.03.2020, <https://www.tagesspiegel.de/politik/china-gibt-usa-die-schuld-am-ausbruch-des-coronavirus-wie-desinformation-in-zeiten-von-corona-funktioniert/25649432.html>

¹² Grzanna, Marcel: „Verschleiert Peking das Corona-Ausmaß?“, ntv online, 29.03.2020, <https://www.ntv.de/politik/Verschleiert-Peking-das-Corona-Ausmass-article21676318.html>

Menschen in Stress, die hormonelle Abwehrreaktion durch die Ausschüttung von Flucht- und Kampfhormonen versorgt zwar den Körper mit mehr Kraft, jedoch nicht das Gehirn. Die Folgen von andauernder entsprechender Stimulierung können etwa das Gefühl von Kontrollverlust, Verunsicherung oder Abstiegsängste sein. Wird nicht bewusst und mit dem Einsatz des Verstandes dagegen gesteuert, lassen sich Menschen tatsächlich emotional manipulieren. Wer die Klaviatur der Kommunikation bedienen kann, ist in der Lage, über die Bevölkerung effektiv zu bestimmen. Diese kommunikative Manipulation kann aber, wie dieser Abschnitt zu zeigen versucht, die unterschiedlichsten Formen annehmen. Denn auch wer es schafft, aus Stresszuständen herauszuführen, übernimmt das Kommando und hat damit die Macht, Massen zu bewegen und zu beeinflussen.

Falsche Krisenkommunikation kann Reaktanz, also abwehrendes Verhalten, erzeugen. In demokratischen Gesellschaften stößt stark autoritäres Verhalten oft auf Ablehnung, zumindest in friedlichen und sicheren Zeiten. Eine gekonnte Mischung aus klaren Vorgaben und flexiblem Argumentarium, gepaart mit geduldigen Appellen an Empathie und Einsicht, ermöglicht ein erfolgreiches Lavieren durch die Unsicherheiten der Corona-Krise. Diese Art der Kommunikation braucht Ruhe und Geduld.

Das bedingungslose Beharren auf kritiklose Unterwerfung der Bevölkerung hingegen trägt autokratische Züge. So kam etwa Emmanuel Macrons Kriegsrhetorik nicht gut in Frankreich an, während Angela Merkels ruhiger Appell an die Bevölkerung positiver aufgenommen wurde. Die Kommunikationsformen der Regierenden sind dahingehend genau zu beobachten: Sind die Vorgaben angemessen und sachlich begründet oder werden sie einfach vorgeschrieben und emotionalisiert kommuniziert?

Ausschluss der parlamentarischen und bürgerlichen Mitbestimmung, Einschränkung des Rechtsstaates

- *Ungarn*: Das ungarische Parlament hat sich selbst in der Corona-Krise entmachtet, indem es dem Notverordnungsgesetz der Regierung von Ministerpräsident Viktor Orbán zugestimmt hat. Dies war möglich, da die rechtspopulistische Regierungspartei FIDESZ eine Zweidrittelmehrheit im Parlament hat. Das Regieren per Dekret ist bis Jahresende 2020 vorgesehen, festgeschrieben ist dieser Zeitpunkt jedoch nicht. Wann das Ende der Notlage gekommen ist, darf laut Grundgesetz aber die Regierung selbst entscheiden. Einflussnahmen des Parlaments wurden ausgeschaltet, zahlreiche BürgerInnenrechte können ohne parlamentarische Kontrolle ausgesetzt werden. Das unbegrenzte Aussetzen von Wahlen, das Pausieren der Gerichte und dass 140 „Schlüsselunternehmen“ unter militärische Kontrolle gestellt wurden, wirken vor dem Hintergrund, dass das Land bis Ende März 447 bestätigte Fälle und 15 Todesfälle¹³ aufweist, fragwürdig. Die Gesetzeslage ermöglicht jedenfalls das Verabschieden oder Abändern von Gesetzen ohne jegliche Kontrollinstanz.
- *Schweden*: Im Gegensatz zu anderen europäischen Ländern hat sich Schweden mit Einschränkungen lange zurückgehalten, das öffentliche Leben wurde kaum beschränkt. Um jedoch schnell handeln zu können und etwa Flughäfen und Bahnhöfe schließen zu können, wird derzeit (Stand 06.04.2020) über eine dreimonatige

¹³ Vgl. „Ungarns Parlament faktisch entmachtet“, ORF online, 30.03.2020, <https://orf.at/stories/3159914/>

Befugnis der schwedischen Regierung diskutiert, dies ohne parlamentarische Zustimmung beschließen zu können. Danach soll das Parlament jedoch die Möglichkeit haben, den einzelnen Maßnahmen zuzustimmen.

Einführung von Kriegsrecht u. a. Sonderrechten

„Die Regierung wird ermächtigt, während der Dauer der durch Covid-19 hervorgerufenen außerordentlichen Verhältnisse durch Verordnung die notwendigen Verfügungen zur Förderung und Wiederaufrichtung der gesundheitlichen Versorgung, zur Abwehr wirtschaftlicher Schädigungen und zur Versorgung der Bevölkerung mit Gesundheitsleistungen und Bedarfsgegenständen zu treffen.“ In diesem Text von 1917, dem sog. Kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetz, wurde nur das Wort „Krieg“ durch Covid-19 ersetzt. Es handelt sich um jenen Gesetzestext, mit dem 1933 der Rechtsstaat ausgehebelt und die Demokratie in Österreich zerschlagen wurde.¹⁴ „Ermächtigungsgesetze“ haben das gefährliche Potenzial, unter bestimmten Bedingungen massiven Schaden anrichten zu können. Schwammig formulierte, ungenaue und zu weit interpretierbare Texte – wie sie derzeit mitunter etwa in Österreich zu finden sind – könnten auch in der aktuellen Krise und danach zumindest in der Theorie missbraucht werden.¹⁵

- **USA:** US-Präsident Donald Trump befahl dem Unternehmen General Motors unter Berufung auf ein Sondergesetz („Defensive Production Act“), das nur für Kriegszeiten vorgesehen ist, 40.000 Beatmungsgeräte herzustellen.
- **Ungarn:** Das von der Opposition in Ungarn als „Ermächtigungsgesetz“ bezeichnete Notstandsgesetz der Regierung Orbáns (weiter oben beschrieben), brachte 13 westliche EU-Länder dazu, in einer diplomatischen Erklärung vor der Einschränkung der Demokratie zu warnen. Vielerorts wird ein Eingreifen seitens der EU verlangt, während in osteuropäischen Nationen mit rechtskonservativen Regierungen im Amt wohl genau untersucht wird, wie weit Regierungen tatsächlich derzeit gehen können. *„Die EU muss die Situation von Demokratie und Rechtsstaat in allen Ländern überwachen (...) ansonsten wird sich das Orbán-Modell in der EU immer mehr verbreiten“*, fordert etwa die rumänische Bürgerrechtlerin Smaranda Enache.¹⁶
- **Österreich:** Hier wurde während der Corona-Krise mehr oder weniger einhellig getan, was die Regierung sagt. Die Diskurs- und Debattierbereitschaft seitens der Regierenden war auf ein Minimum beschränkt, urgierten die Oppositionsparteien. Dabei kam es des Öfteren zu juristischen Ungenauigkeiten bei Erlässen und Verordnungen. Mit der Verordnung „Zur Verhinderung der Verbreitung von Covid-19

¹⁴ Vgl. Matzka, Manfred: Husch-pfusch Gesetze, zahllose Erlässe: Das Virus im Massnahmengesetz. In: DerStandard online, 07.04.2020. <https://www.derstandard.at/story/2000116589247/husch-pfusch-gesetze-zahllose-erlaesse-das-virus-im-massnahmengesetz>

¹⁵ Vgl. Matzka, ebd.

¹⁶ Smaranda Enache, zitiert nach: „Corona-Krise: Orbáns „Ermächtigungsgesetz“ spaltet Europa“. Deutsche Welle online, 02.04.2020, <https://www.dw.com/de/corona-krise-orb%C3%A1ns-erm%C3%A4chtigungsgesetz-spaltet-europa/a-52997872>

ist das Betreten öffentlicher Orte verboten¹⁷ wurde etwa eine Ausgangssperre eingeführt, die als gravierendste Grundrechtseinschränkung der Republik Österreich seit 1945 gesehen werden kann. Mit dieser Verordnung wurde nicht nur das allgemeine Freiheitsrecht, sondern auch das Veranstaltungs-, Versammlungs- und Demonstrationsrecht ausgesetzt. Im eigentlichen Gesetzestext, auf den sich die Verordnung bezieht, ist jedoch nur die Rede davon, dass das Betreten von bestimmten (nicht allen öffentlichen) Orten untersagt werden darf, sofern dies zur Verhinderung der Verbreitung von Covid-19 erforderlich ist. Dieses Beispiel mag auf den ersten Blick angesichts der Schwere der Krise wenig relevant wirken – es soll nur verdeutlichen, dass Ungenauigkeiten wie diese einfach geschehen können. Solche unbedachten Eingriffe können letztlich gravierende Lücken in der Rechtslage hinterlassen. Österreich ist hier auch nur exemplarisch angeführt, denn die meisten Nationen haben ähnliche Verordnungen im Schnellverfahren erlassen. Es gilt, die potenzielle Reichweite solcher Entscheidungen im Auge zu behalten.

Totale Ausgangssperren

- *Frankreich*: Hier darf nur sein Zuhause verlassen, wer einen Passierschein vorweisen kann, der einen triftigen Grund ausweist (Fahrt zur Arbeit, Einkaufen für die Grundbedürfnisse, Arztbesuch, den Hund ausführen, Polizeibesuch, Gerichtsvorladung, Gemeinwohleinsatz – beides nur allein). In Biarritz darf maximal 2 Minuten auf einer Bank gesessen werden. Man darf maximal eine Stunde im Umkreis von einem Kilometer von Daheim unterwegs sein, Radfahren und Joggen sind untersagt. Mancherorts herrscht gänzlich eine nächtliche Ausgangssperre von 20.00-06.00 (etwa in Nizza oder Cannes). Sirenengeheul kündigen Anfang und Ende der Sperre an. Kriegszeiten scheinen gekommen. Die Polizei überwacht die Auflagen streng und ahndet Verstöße mit Geldstrafen, bei mehr als drei Verstößen innerhalb von 30 Tagen folgt eine sechsmonatige Haftstrafe und eine Geldstrafe von 3.750 € sowie eine zusätzliche Strafe (gemeinnützige Arbeit). Maskenpflicht herrscht in einigen Städten wie Nizza. Strände, Küstenwege und viele Wälder wurden gesperrt. Frankreichs Präsident Emmanuel Macron begründete diese drakonischen Auflagen damit, dass sich viele Landsleute nicht den Aufrufen zu Hause zu bleiben gemäß verhalten hätten.
- *Italien, Spanien, Belgien, Großbritannien*: haben ebenfalls landesweite Ausgangssperren verhängt – Deutschland wiederum beruft sich auf das Recht auf Bewegungsfreiheit, das im Grundgesetz festgeschrieben steht (Stand 11.04.2020).
- *Indien*: 1,3 Millionen Menschen sollten für 3 Wochen ihre Häuser nicht verlassen. Die totale Ausgangssperre trifft hier die Ärmsten, denn der Wassermangel ist allgegenwärtig, 86% der Haushalte in den Slums von Delhi haben keinen

¹⁷ Paragraf 1 der „Verordnung des Gesundheitsministers gemäß § 2 Z 1 des Covid-Maßnahmengesetzes“, zitiert nach: Der Standard online: Alfred Noll: „Corona-Krise: Der Verordnungsstaat“, 24.03.2020, <https://www.derstandard.at/story/2000116124769/corona-krise-der-verordnungsstaat>

Wasseranschluss und müssen Wasser von privaten Tanklastfirmen kaufen. Auch Abstandhalten ist ein Luxus, den sich in den dicht besiedelten Slums niemand leisten kann, social distancing wird zum Ding der Unmöglichkeit. Millionen Wanderarbeiter ziehen hunderte Kilometer weit durch das Land. Weil sie nicht mehr in den Städten arbeiten konnten, machten sie sich mit Verlautbarung der Ausgangssperre auf dem Weg zurück in ihre Heimatdörfer und sorgen so für eine weitere Verbreitung des Virus. Viele Arme können sich keine Vorräte anlegen, haben bereits am Tag nach der letzten Arbeit kein Geld mehr oder leben auf den Baustellen, auf denen sie arbeiten. Indien hat eines der schlechtesten Gesundheitssysteme der Welt, doch die Chance, an den Folgen der Ausgangssperre zu sterben, liegt höher als dem Coronavirus zu erliegen. Arme Menschen müssen sich versorgen und dazu ihr Heim verlassen, doch Polizeigewalt ist allgegenwärtig.

Dieses letzte Beispiel soll nochmals verdeutlichen, wie wichtig es ist, dass mitmenschliche Verantwortung wie etwa Maßnahmen, die dem Schutz der Bevölkerung dienen sollen, umfassend gedacht und konsequent verfolgt werden. Manche Staaten schießen in der Tat über das Ziel hinaus (manche aus reinem Machtkalkül, andere eher aus Unachtsamkeit oder Überforderung), und es braucht eine aktive Zivilgesellschaft, um die so wesentliche Kontrollfunktion gemeinsam mit den Medien zu übernehmen.

Wir können und müssen aus der Corona-Krise letztlich lernen und sollten uns die Frage stellen: Was muss geschehen, damit freie und demokratische Gesellschaften auch in und nach Krisenphasen allen BürgerInnen nicht nur das blanke Überleben, sondern auch ein lebenswertes Dasein in Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit sichern?